

54/AE

der Abgeordneten Dr. Haider, Dolinschek
betreffend Senkung der Kammerumlagen

Angesichts der bedrohlichen Entwicklung auf dem österreichischen Arbeitsmarkt müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosenzahlen zu verhindern und die Wirtschaft konkurrenzfähig zu erhalten. Den Arbeitnehmern sollte ihr Einkommen angesichts eines auch seitens der Arbeitnehmervertreter bereits in den Raum gestellten Verzichts auf einen Reallohnzuwachs zugunsten von Arbeitsplatzgarantien möglichst nicht geschmälert werden. Gleichzeitig sollten auch für die Betriebe die Belastungen verringert werden. Eine befristete Umlagensenkung erscheint als ein möglicher Weg, diese Entlastungseffekte zu erreichen und sie ist wegen des z.T. beträchtlichen Vermögens der Kammern (und der Verwendung z.B. für durch das Gesetz nicht gedeckte Befragungen) sicher ohne Gefährdung für die Erfüllung ihrer Aufgaben möglich.

Die ununterzeichneten Abgeordneten stellen daher den nachstehenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung wird zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft und zur Erhaltung österreichischer Arbeitsplätze ersucht, dem Nationalrat ehestmöglich Gesetzesentwürfe zuzuleiten, die eine Senkung der für Arbeiter-, Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Landarbeiterkammern eingehobenen Umlagen in dem der jeweiligen Vermögenslage entsprechenden Ausmaß befristet bis Ende 1998 vorsehen."

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Finanzausschuß vorgeschlagen.